

---

Freie Demokraten im Hessischen Landtag

## **KNELL: JETZT VORAUSSETZUNGEN FÜR WOLFSBESTANDSMANAGEMENT SCHAFFEN**

28.02.2022

---

- **Skandinavische Schutzjagd kann Vorbild sein**
- **Populationsstudie soll verlässliche Zahlen liefern**
- **Zusammenleben von Mensch und Wolf muss organisiert werden**

Wiebke KNELL, landwirtschafts- und umweltpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, hat vor dem Hintergrund einer stetig steigenden Wolfspopulation ein hessisches Bestandsmanagement für den Wolf nach dem Vorbild der skandinavischen Schutzjagd gefordert und das Konzept im Landtag vorgestellt. Die Freien Demokraten hatten ihre Forderung, jetzt die Voraussetzungen für ein Wolfsbestandsmanagement zu schaffen, vor dem Hintergrund sich auch in Hessen häufender Wolfssichtungen und -nachweise zu ihrem aktuellen Setzpunkt, also Schwerpunktthema, der jüngsten Sitzungsrunde gemacht. „Für das Bestandsmanagement wird eine optimale Bestandsgröße an Wölfen ermittelt. Erst wenn die Populationsgröße über den festgelegten Bestand hinausgeht, kann die Differenz entnommen werden, und zwar nicht wahllos überall, sondern in festgelegten Gebieten“, erklärt Knell und erläutert: „Wir müssen uns mit der Frage beschäftigen, wie viele Wölfe in Hessen akzeptabel sind - und wo.“ Das skandinavische Vorbild legt auf der einen Seite Wolfsschutzzonen fest, zum Beispiel in großen, zusammenhängenden Waldgebieten, auf der anderen Seite aber auch jene Gebiete, in denen der Wolf nicht willkommen ist, eine Gefahr darstellen und deshalb bei einer zu großen Population abgeschossen werden kann. „Das können zum Beispiel Ortsrandlagen und Gegenden sein, in denen Weidetiere gehalten werden“, erklärt Knell.

Sie ergänzt: „Die Menschen in den Orten, in denen sich Wölfe angesiedelt haben, sind inzwischen teilweise verängstigt. Manche trauen sich nicht mehr in den Wald, legen

bestimmte Strecken nicht mehr zurück oder sorgen sich um ihre Nutz- und Haustiere. Wenn wie vor kurzem in Homberg/Ohm ein Jungwolf tagsüber mitten durch den Ort marschiert, dann ist die Freude bei den Menschen im Ort begrenzt. Ebenso ist die Freude bei den Tierhaltern begrenzt, wenn von einem Schaf, einem Kalb, einer Ziege oder einem Fohlen nur noch das Skelett gefunden wird.“

Knell fordert ergänzend zum Bestandsmanagement eine Populationsstudie. „Für ein Bestandsmanagement braucht es verlässliche Zahlen, die aktuell nicht vorliegen. Zumindest gibt es aber zahlreiche Hinweise darauf, dass es mehr Wölfe gibt, als es das Monitoring des Hessischen Landesamts für Naturschutz, Umwelt und Geologie vermuten lässt“, sagt Knell und verweist ergänzend auf Berechnungen, die pro Jahr von einem über 30-prozentigen Wachstum der Wolfspopulation in Deutschland ausgehen. „Wenn sich dieses rasante Wachstum fortsetzt, haben wir im Jahr 2030 34.000 Wölfe, im Jahr 2035 bereits 144.000. Diese Zahlen zeigen ganz deutlich, dass der Wolf in Deutschland nicht im Bestand gefährdet ist.“

Daher müsse sich jedes Bundesland mit der Frage beschäftigen, wie viele Wölfe eigentlich akzeptabel seien. „Es ist klug und vorausschauend, wenn wir uns jetzt vorbereiten und rechtzeitig in ein Bestandsmanagement übergehen, ehe es zu spät ist“, sagt Knell und verweist auf eine angekündigte Initiative der Ampelkoalition im Bund, die die Möglichkeit für ein Bestandsmanagement eröffnen will. „Das ist der Weg, den man gehen muss, wenn man ein Zusammenleben von Mensch und Wolf organisieren will.“ Hessens Umweltministerin Priska Hinz habe jedoch in der Plenardebatte die Bedrohung durch Wölfe und deren Anzahl heruntergespielt. „Sie verschließt die Augen vor der Realität. Es kann nicht sein, dass Hessen tatenlos bleibt, während andere Bundesländer schon kreativ tätig werden“, sagt Knell mit Bezug auf Rheinland-Pfalz. Dort sollen einem Medienbericht zufolge Wölfe ein Halsband mit Satelliten-Sender umgelegt bekommen, so dass Weidetierhalter rechtzeitig gewarnt werden können.

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: [presse-fdp@ltg.hessen.de](mailto:presse-fdp@ltg.hessen.de)